

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

165 (20.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83854](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83854)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (W. h. a. n. z. e. t. u. n. g., Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4 20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4 62 M.; zweimonatlich 2 80 M., durch die Post frei ins Haus 3 08 M.; einmonatlich 1 40 M., durch die Post frei ins Haus 1 54 M. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile und deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restzeile 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höhere Gewalt, Streik, Sperrung, Verschiebung, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder beim unsrerer Mitarbeiter haben der Besitzer und Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschänktem Umfange oder nicht erscheint.

Nr. 165. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsbüro Nr. 5, Postfachkonto: Hannover 7908. **Freitag, Sonntag, 20. Juli 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Worelmann, Alsterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Die Debatte über die großheißliche Republik.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 16. Juli 1919.

Formale Anfrage der Deutschen Volkspartei.

Der Vorwärts berichtet in der Morgenausgabe vom 9. Juli, daß der heßliche Ministerpräsident Ulrich mit Hilfe der Franzosen vor allem des Generals Mangin für eine großheißliche Republik Propaganda mache, der auch heßliche Teile der Rheinprovinz und Teile Hessen-Raffaus angehören sollen. Ist der Staatsregierung bekannt, ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen und welche Schritte gedenkt sie zutreffendfalls zu unternehmen, um derartigen Eingriffen in den Bestand Preußens entgegenzutreten?

Auf die Frage des Präsidenten erklärt sich Ministerpräsident Ulrich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Eine dringende formale Anfrage des gleichen Inhalts ist am 10. Juli vom Zentrum eingereicht worden.

Herr W. v. Mothshauer (D. Vp.) begründet die Interpellation der Deutschen Volkspartei. Daß der heßliche Ministerpräsident die Heßlichkeit hätte, eine Republik zu gründen, die sich vom Deutschen Reich loslösen will, glaube ich nicht; aber der allgemeine Eindruck ist, daß Herr Ulrich den französischen Einflüsterungen allzuher nachgegeben ist, oder daß er von dem General Mangin, der auch ein sehr guter Diplomat zu sein scheint, nach allen Regeln der Kunst eingeleitet worden ist. Dagegen, daß auch preussische Landesstellen in das Projekt einbezogen werden, müssen wir die allerhöchste Verwahrung einlegen. Die Regierung wird die Zustimmung aller Parteien finden, wenn sie zu energischer Abwehr schreitet. Hoffentlich hat die Interpellation des Zentrums die gleiche Tendenz wie die unsere, hoffentlich will auch das Zentrum mit derselben Entschlossenheit wie wir diesen Eingriff in die Integrität des preussischen Staates zurückweisen.

Herr Bergmann (Ztr.) begründet die Zentrumsinterpellation. Daß die innerfamliche Reuestellung unseres deutschen Vaterlandes nicht zur Ruhe kommen will und kann, ist nicht verwunderlich nach einem Weltkrieg von 4 1/2 Jahren und nach der Revolution. Jam drittemal beschäftigen uns Vorgänge am Rhein. Es ist nicht anzunehmen, daß Herr Ulrich mit seinen Plänen allein steht. Die Bevölkerung der in Betracht kommenden Teile der Provinz Hessen-Raffaus und der Rheinlande lehnt mit aller Entschiedenheit sich gegen die Eingliederung in eine großheißliche Republik auf.

Wo bleibt übrigens die Entschlossenheit, die man vor Monaten gegen die Herren Kaffert und Kachhoff hier an den Tag legte? Damals erob man sogar den Vorwurf des Landesverrats. Was Wapern, Baden, Württemberg und Hessen bezügl., nämlich die Selbständigkeit im Rahmen des Reiches, kann doch nicht Landesverrat sein, wenn es die Rheinländer verlangen. (Sehr gut im Zentrum.) Aber heute ist alles ruhig, heute schweigen Demokraten und Sozialisten, weil es ein sozialdemokratischer Minister ist, der mit dem französischen General verhandelt hat. Das ist eine Doppelmoral, die wir verworfen. (Bravo im Zentrum, Darm links.) Man ging nicht von sachlichen Gesichtspunkten aus, sondern man wollte damals einen Rummel gegen das Zentrum inszenieren. (Sehr richtig im Zentrum.) Der Demokrat Janßen hat damals direkt eine Hebräe gegen uns gehalten. (Unruhe bei den Dem.) Ausgerechnet diesen Herrn will man jetzt zum Beirat des Staatskommissars für die besetzten Gebiete machen. (Hört Hört im Zentrum.) Dadurch wird das Zusammenarbeiten nicht gerade gefördert. Man hat sogar dem Zentrum in seiner Allgemeinheit den furchtbaren und schweren Vorwurf des Hochverrats gemacht. Wir protestieren dagegen mit aller Entschiedenheit. (Beifall im Zentrum.) Auch der Mehrheitssozialist ließ die Rücksicht vermissen, die er einer Regierungspartei schuldig war. (Sehr richtig im Zentrum.) Wenn zwei daselbe tun, so ist es noch lange nicht daselbe. Das zeigt sich auch jetzt wieder. Mit den Franzosen haben wir nichts zu tun, mit französischen Offizieren verhandeln auch Mehrheitssozialisten. (Hört, hört im Zentrum.) Sie wollen lieber Franzosen werden, als unter einer Pfaffenrepublik kommen. (Hört, hört im Zentrum.) Man hat von kirchlichen Machenschaften gesprochen. Ist Herr Ulrich etwa ein Klerikaler? Wir glauben, daß wir kirchliche Gründe uns immer mehr zum Einheitsstaats freiden werden. (Beifall im Zentrum.)

Ministerpräsident Ulrich:

Der heßliche Ministerpräsident Ulrich und der Justizminister Dr. von Brenano (Hört, hört links) hatten auf Veranlassung des Generals Mangin in Mainz mit diesem über gewisse lokale Angelegenheiten zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Frage der von Wapern geplanten rheinischen Republik zur Sprache gekommen. Ministerpräsident Ulrich hat gegen diesen Plan scharf Stellung genommen. (Hört, hört links.) Im Verlaufe dieses Gesprächs haben die beiden heßlichen Minister den

Plan der Gründung eines großheißlichen Freistaates

ermöglicht. (Hört, hört im Zentrum.) General Mangin schenke das dahin aufgesetzt zu haben, daß dessen die Unterstützung der französischen Besetzung für diesen Plan wünschste. Ministerpräsident Ulrich und Justizminister von Brenano erklärten sofort mit aller Bestimmtheit, daß ihnen eine solche Absicht ferngelegen hätte. Nachdem die preussische Regierung von dieser Unterredung, die am 28. Juni stattgefunden hatte, am 8. Juli Kenntnis erhalten hatte, hat sie sofort bei der heßlichen Regierung Verwahrung dagegen eingelegt, daß eine solche Frage überhaupt vor dem französischen General erörtert worden ist. (Zustimmung.) Sie hat sofort bei der Reichsregierung eine Besprechung dieser Angelegenheit unter Beteiligung der beteiligten Staaten beantragt. Diese Besprechung hat in Weimar am 14. Juli stattgefunden. Inzwischen hatte die preussische Regierung durch die heßliche Regierung die Abschrift des Berichtes erhalten, den die heßliche Regierung unter dem 30. Juni an den Reichspräsidenten gerichtet hatte. Ebenso ist auf dem Umwege über das Reichsministerium des Inneren der Bericht des preussischen Gesandten in Darmstadt vom 2. Juli in unsere Hände gekommen. Bei den Verhandlungen am 14. Juli haben wir uns davon überzeugt, daß bei den heßlichen Herren nicht die Absicht bestand hat, die Hilfe der französischen Besatzung für die Loslösung preussischer Gebiete in Anspruch zu nehmen. Wir haben aber mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß wir bereits in der bloßen Erörterung solcher Pläne vor einem französischen General mindestens einen schweren Mißgriff sehen. (Beifall, Zustimmung.) Der Reichsministerpräsident hat bei dieser Besprechung den Wunsch geäußert, daß solche Fragen nicht wieder vor den Augen der Öffentlichkeit berührt werden möchten. (Beifall.) Bei dieser Besprechung ist ferner zweifelsfrei festgestellt worden, daß

Die Reichsregierung von der Besprechung der heßlichen Minister mit General Mangin vorher keine Kenntnis

hatte. (Hört, hört!) Die preussische Regierung steht heute noch auf dem Standpunkt, daß Abtrennung von Gebietsstellen Preußens in jedem Falle gefährlich für die Einheit Deutschlands und schädlich für die Kraft und Leistungsfähigkeit Preußens und des gesamten Reiches sind. (Beifall.) daß sie ganz besonders verhängnisvoll werden müssen, wenn sie in den an die Besatzungszone grenzenden Gegenden geplant werden. (Erneuter Beifall.) Die Vorgänge bei der Gründung der rheinischen Republik bemessen ebenso wie das Verhalten des Generals Mangin bei den Besprechungen mit den heßlichen Ministern, daß den Franzosen nichts ermunterter wäre als eine Schwächung Preußens durch Abtrennung preussischer Gebiete und eine Bildung von kleineren Bundesstaaten auf Kosten Preußens. (Sehr richtig!) Die, wenn sie auch förmlich vorläufig noch beim Reich blieben, bei den Franzosen die Forderung auf einen künftigen Anschluß an das großheißliche Herrschaftsgebiet ermeden können. (Zustimmung.) Der Glaube, der offenbar auch den heßlichen Ministern vorgeschwebt hat und der auch von einem Mitgliede des Reichskabinetts geäußert wurde, daß die rheinische Bevölkerung der Verlockungen der Franzosen besser standhalten könne, wenn sie Bürger einer selbständigen rheinischen Republik wäre, ist nach Ansicht der preussischen Regierung trügerisch. (Zustimmung.) Die preussische Regierung vertritt auf die deutsche Meinung der gesamten rheinischen Bevölkerung und auf ihre Unabhängigkeit an das Reich. (Beifall.) Sie glaubt nicht, daß Reichsangehörige, die überhaupt den Verführungsversuchen von französischer Seite zugänglich sind und bereit sind, ihr Deutschland anzugehen, davon dadurch abgelenkt werden können, daß ein Freistaat Großhessen auf Kosten Preußens geschaffen würde. (Sehr richtig!) Die preussische Regierung hat vielmehr in allen diesen Plänen die Gefahr, daß die bisher nur auf dem linken Rheinufer anzutreffenden Abtrennungsbestrebungen auch auf das rechte Ufer übergetragen würden und daß die Loslösung von Preußen nur der erste Schritt wäre

zu einer Loslösung vom Reich. Die preussische Regierung bittet die Landesversammlung, gegen solche gefährliche Bestrebungen einmütige Stellung zu nehmen. (Beifall, wiederholter Beifall.)

Herr Dr. Müller (D. Nat.): In den Rheinlanden scheint doch tatsächlich ein sehr starker Widerstand für diese Abtrennungsbestrebungen vorhanden zu sein. Nur ein starkes Preußen kann die Macht am Rhein halten.

Herr Weber (Soz.): Wir verurteilen den Schritt Ulrichs. Wir wissen, daß das Zentrum an den Abtrennungsbestrebungen sich nicht beteiligen wird. Die Aufstellung Deutschlands darf keine Parteilage werden, sie geht das ganze deutsche Volk an. Die Erklärungen, die das Zentrum hier im Hause abgibt, stimmen mit dem Verhalten der Partei im Westen nicht überein. Diejenigen Kollegen haben doch nicht so ganz unrecht, die uns sagen: Wer sich in die Hände des Zentrums begibt, der ist verloren. (Beifall, Hört, hört und große Bewegung im ganzen Hause.) Die Regierung wird ja wissen, wie weit sie gehen kann. Auch bei uns gibt es eine Grenze, wo wir sagen müssen: Regiert Ihr alleine, uns ist der Geschmack am Regieren verborben. (Schwüßig ist die Agitation der Zentrumsanhänger im Rheingebiet.) Herr Janßen (Dem.) trifft dem Zentrumsredner mit großer Schärfe entgegen. Das Verhalten Ulrichs verurteilt er. Was die Zentrumsanhänger in den Rheinlanden treiben, ist Landesverrat. Die heutige Erklärung der Regierung genügt mir nicht.

Herr Ludwig (U. Soz.): Schon im März ist das Zentrum gekennzeichnet worden als verantwortlich für die Abtrennungsgelüste, heute hat es das zugegeben. Herr Bergmann hat offen erklärt, die Zentrumsleute in ihrer Mehrheit würden die Hand wegheben. Die Herren sind schon längst erkannt, sie sind die Schwärze an der Sparta. (Große Heiterkeit.) Die Geschichte hat festgestellt, daß Sie (nach rechts) zu den berufsmäßigen Hoch- und Landesverrättern gehören. (Große Empörung rechts.) Ministerpräsident Dr. Ulrich ruft den Redner zur Ordnung. Er sieht sich doch in der Geschichte um, wie nach 1806 die alleruntertänigsten Huldigungsadressen aus Ihren Reichen an den großen Napoleon ergingen. (Große Unruhe rechts.) Die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal. Wenn der Feind ins Land kommt, sind Sie die ersten, die sich ihm an den Hals werfen. (Stürmischer Widerspruch rechts. Großer Lärm. Vizepräsident Dr. Porck ruft den Redner für diese schwere Beleidigung zum zweiten Male zur Ordnung.)

Herr Dr. Kalle (D. Vp.): Man sucht systematisch im Westen für die Besetzung zu werben. Die Lage ist ernst. In dem Vorgehen des heßlichen Ministerpräsidenten müssen wir geradezu einen feindseligen Akt gegen Preußen erblicken. (Sehr richtig!)

Herr Bergmann (Ztr.): Mit unserm Eintritt in die Regierung haben wir ein sehr schweres Opfer gebracht, und wir haben es gebracht im wohlverstandenen Interesse unseres Vaterlandes. Das Zentrum hat offiziell vor Bestrebungen zur Selbständigkeit der Rheinlande gewarnt, weil sie die Gefahr sozialer Unruhen und sogar die Gefahr des Bürgerkrieges in sich bergen. Mehr konnte das Zentrum doch nicht tun. Auch im Zentrum hat die Zahl der Anhänger des Einheitsstaates ständig zugenommen, und auch ich gehöre zu diesen.

Die Erörterung wird durch die Annahme eines Schlußantrags beendet.

Schluß gegen 7 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr pünktlich. (Ministerium des Innern.) Voraussetzlich wird morgen auch noch eine Abendung stattfinden.

Die Aufhebung der Ortschulinspektion in Preußen.

c. Berlin, 18. Juli. 1919.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Vorlage über die Aufhebung der Ortschulinspektion.

Herr Dr. P. P. (Zentrum): Wir sind gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht und befinden uns da in voller Übereinstimmung auch mit der katholischen Bisherigkeit. Trotzdem wollen wir dem Gesetz zustimmen, wenn der kirchliche Einfluß auf die Schule in anderer Weise sichergestellt wird. Zu diesem Zweck beantragen wir, daß auf Grund eines Gesetzes Schulbeiräte aus Vertretern der Eltern, der Lehrer, der Gemeindeglieder und derjenigen Religionsgesellschaften gebildet werden, deren Angehörige an den betr. Schulen unterrichtet werden. Diese Beiräte sollen in freier Wahl gewählt werden. Ferner beantragen wir, daß der Geistliche, der an

einer Schule Religionsunterricht erteilt, als Mitglied des Lehrkörpers dieser Schule betrachtet wird und Stimm und Stimme in dem Lehrkörper hat. Sollten diese Anträge abgelehnt werden, werden wir gegen das Gesetz stimmen.

Herr Frau Dr. v. d. L. (U. S.): Es ist höchste Zeit, daß die geistliche Schulaufsicht beseitigt wird. Die Schulaufsicht (Kath.) vertritt ihre Grundzüge, wenn sie dem Schulpflicht zustimmen. Wir wollen kein Schulgesetz. (Kath. Zuruf: So sieht Du aus! Heiterkeit.)

Herr Fr. v. W. a. g. e. i. m. (Wesf.): Wir werden wie das Zentrum gegen das Gesetz stimmen, weil der Einfluß der Kirche auf die Schule nicht gebildet ist. Gerade weil die gegenwärtige Regierung nicht besonders kirchenfreundlich ist, sind wir mißtraulich.

Herr K. e. y. (Zent.): Ohne unsere Anträge würden die Bestimmungen der Vorlage Kaufkraft bleiben, mit dem nichts anzufangen wäre. Die Beiräte sollen in freier Wahl gewählt werden. Die Grundzüge der Demokratie sind also gewahrt.

Herr K. e. u. m. a. n. n. (Soz.): Der Vorwurf des Prinzipienverrats ist lächerlich. Wir halten zu unsern Grundzügen fest und werden nicht nachgeben. (Stürmischer Hört, hört im Zentrum.) Wir werden auf die Minister entsprechend einzuwirken suchen. (Erneutes Hört, hört und große Unruhe im Zentrum.) Ihre Aufregung verleihe ich nicht. Genau so wie sie auf die Zentrumsminister Einfluß zu nehmen suchen, suchen wir unsere Parteiminister in ihrer Stellung zu festigen. (Unruhe im Zentrum.)

Herr K. i. n. g. e. l. (Demokr.): Wir sind nicht kirchenfeindlich. Die Kirche hat ein Interesse an der Erziehung der Jugend; nur soll sie keine Vorrechte, sondern nur ein Mitbestimmungsrecht erhalten. Das Wort des Vorredners vom Parteiminister bedauern wir. In erster Reihe haben wir es mit Staatsministern zu tun. Bewußt, die Minister können auch nicht aus ihrer Haut heraus, aber sie müssen dem Lande dienen, nicht den Interessen einer Partei. (Beifall.)

Herr Frau Dr. v. R. i. n. d. e. (U. S.): Wo ist denn überhaupt der Minister bei dieser wichtigen Beratung?

Herr D. e. i. z. e. (Deutsch-nat.): Wir werden für den Zentrumsantrag stimmen.

Herr K. o. l. l. m. a. n. n. (Deutsche Volksp.): Wir hatten zunächst schwere Bedenken gegen den Zentrumsantrag, werden aber jetzt für ihn stimmen. (Große Heiterkeit. Zuruf links: Eßt national-liberal!) Nicht zuletzt die Rede des H. G. v. W. u. m. a. n. n. hat uns zu der veränderten Stellung veranlaßt. Das Wort vom Parteiminister hat uns mißtraulich gemacht. (Kath. bei den Soz.) Ministerpräsident K. e. i. l. e. r.: Die Einrichtung von Schulbeiräten hat viel für sich, aber man sollte die Einrichtung nicht in Gesetzparagraphen verankern, sondern sie dem Wege der Verordnung überlassen.

Die Zentrumsanträge werden abgelehnt. Das Gesetz wird gegen das Zentrum und einen Teil der Rechten endgültig angenommen.

Deutsche Nationalversammlung

Weimar, 17. Juli.

Die Nationalversammlung nahm heute die Abstimmung über die Artikel 118 und 119 vor, die von der Ehe und der ersteren Erziehung handeln. Artikel 118 erhielt nach einem demokratischen Antrag folgenden Wortlaut:

Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutterpflicht hat Anspruch auf den Schutz und die Förderung des Staates. Die Gründung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausreichende Förderung. — Zur Annahme gelangt weiter mit knapper Mehrheit (durch Zusammenschluß mit 138 gegen 133 Stimmen) ein unabhängiger Antrag, wonach die Mutter eines unehelichen Kindes Anspruch darauf hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden.

Bei Artikel 119 wurde die Frage der unehelichen Kinder

nach einem demokratischen Antrag in folgender Weise geregelt: Unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und geistliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern. Dagegen stimmten das Zentrum und die Rechte. Abgelehnt wurde in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag, wonach das uneheliche Kind das Recht auf den Vaternamen und auf volle rechtliche Gleichstellung mit dem ehelichen Kinde haben sollte. Es wurde noch eine Resolution des Zent.

Stallberg und zu Hannover am 23. Juli 1870 geboren. Er war bereits Sekretär an der Wiener deutschen Botschaft. Seit 1910 ist er mit der Prinzessin zu Erbach-Schönberg verheiratet.

Spanien.

Maura wieder mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

WTB Madrid, 18. Juli. (Draht.) Reuter. Der König hat Maura mit der Bildung eines konserverativen Konzentrationkabinetts beauftragt.

Türkei.

Die Türkei will nicht unterzeichnen?

Aus Saloniki wird gemeldet: Der türkische Außenminister Ferid Bey erklärte, daß die türkische Regierung entschlossen sei, einen Friedensvertrag, der die Aufstellung der Türkei bringe, nicht zu unterzeichnen. Sein Vater türkischen Gebietes, sei es in Europa, sei es in Asien, dürfe an die Fremden abgetreten werden.

Italien.

Neue Wohnung für die deutsche Botschaft.

WTB Berlin, 19. Juli. (Draht.) Dem B. L. zufolge soll im Auftrage der deutschen Regierung in Rom der Palazzo Loria als neue Wohnung der deutschen Botschaft erworben werden.

Amerika.

Senat und Friedensvertrag.

WTB Amsterdam, 18. Juli. Reuter meldet aus Washington: Der Republikaner Morris hielt im Senat eine Rede gegen den Völkervertrag, in der er erklärte: Japan erhebt von Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland zu Beginn des Jahres 1917 geheime Forderungen bezüglich Schantung. Der britische Botschafter in Tokio ver sprach Japan im Februar 1917 im Austausch für Japans Unterwerfung der britischen Ansprüche auf gewisse Inseln im Stillen Ozean die Unterzeichnung seiner Ansprüche auf Schantung. Frankreich sagte ähnliche Unterfertigung zu, wenn Japan dem Abbruch der Beziehungen zwischen China und Deutschland zustimme. Morris sagte, die Ratifikation des Völkervertrages in einer betingten Unterfertigung über die Schantungfrage würde die schwerste Seite in der Geschichte des amerikanischen Volkes sein.

Amerika und Japan.

Verfallenes, 17. Juli. Der Sonderberichterstatter des Echo de Paris in Washington berichtet: Die Kommission des Senats für auswärtige Angelegenheiten nahm eine Entschließung an, die verlangt:

1. Daß Wilson eine Abschrift des Protokolls übermitteln, den Lansing und White gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages betreffend Schantung erlassen hätten;
2. daß der Ausschuss Auskunft gebe über die Anforderungen Japans, China einzuschließen und zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu zwingen;
3. eine Abschrift des angeblichen Geheimvertrages zwischen Japan und Deutschland;
4. Reminis von allen in Paris ausgearbeiteten Entwürfen eines Völkervertrages sowie Protokolle dieser Sitzung der Friedenskonferenz;
5. Der Berichterstatter vergleicht den Bericht der Kommission mit einem Memorandum der Botschafter, aus dem die Geheimdokumente des russischen Außenministeriums hervorgehen. Man erwartet, daß Wilson sich weigern werde, was allerdings einen Konflikt herbeiführen könnte. Es sei augenscheinlich, daß man die amerikanischen Gefühle gegen Japan auf dem Gipfelpunkt treibe und den geheimnisvollen Schleiher lösen wolle, hinter dem der Friedensvertrag verhandelt wurde.

Die „Morningpost“ meldet aus Washington, daß die Opposition im amerikanischen Senat, die eine bedingungslose Ratifizierung des Friedensvertrages ablehnt, 51 Senatoren zählt, d. h. drei mehr, als zur Majorität erforderlich sind. Die Republikaner werden die folgenden Änderungen beantragen:

1. Ausdrückliche Garantien für die Montevideo;
2. Vorbehalt einer vollständigen Kontrolle über die innere amerikanische Politik, z. B. die Emigration;
3. Klarstellung der amerikanischen Verpflichtungen unter Artikel 10 des Friedensvertrages;
4. Vorbehalt des Austrittes aus dem Völkervertrag nach zwei Jahren.

Der oben erwähnte Artikel 10 des Friedensvertrages, der zum 1. Abschnitt „Völkerverbund“ gehört, lautet: Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die territoriale Integrität und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden Angriff von außen her zu wahren. Im Falle eines Angriffs, einer Bedrohung oder einer Angriffsgesfahr hat der Rat auf Vorschlag des Bundespräsidenten die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die die Durchführung dieser Verpflichtung zu sichern.

... Haag, 18. Juli. Der japanische Gesandte demontiert das Gerücht von einem Verträge zwischen Japan und Deutschland.

Verchiedene Nachrichten.

Ein japanisches Dementi.

WTB Haag, 17. Juli. Nach dem Niederländischen Vorr.-Bureau teilt die japanische Botschaft in Haag mit: Die Blätter verbreiten an

langst tendenziöse Gerüchte, daß Deutschland während des Krieges bei der Regierung Japans verschiedene Versuche unternahm, um Japan von den Alliierten loszutrennen. Deutschland soll a. a. Japan freie Hand gegenüber den nördlichen Kolonien angeboten haben. Der japanische Gesandte ist ermächtigt, diese jeder Grundlage entbehrenden Gerüchte aufs bestmögliche zu demontieren.

Verbandsdelegierte gegen den Kaiserprozeß.

WTB Paris, 18. Juli. Wie die „Chicago Tribune“ aus Haag meldet, haben sich die amerikanischen, japanischen und holländischen Delegierten öffentlich gegen den Kaiserprozeß ausgesprochen. Die Franzosen seien darüber sehr entrüstet.

WTB Paris, 18. Juli. Reuter. Der Ausschuss zur Unterhaltung der Verantwortlichkeit hat dem Obersten Rat seinen Bericht vorgelegt, in welchem vorgeschlagen wird, daß keine andere Person an Stelle des ehemaligen Kaisers verurteilt werde.

Kleine Nachrichten.

Das Verlangen Bethmann-Hollwegs und Hindenburgs, für den Kaiser einzutreten, wurde von der Entente abgelehnt.

Der Kaiser ist nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nicht ernstlich erkrankt.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten. Der Kaiser ist nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

Die Kaiserin hat sich nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblatt nach Paris flüchten.

gen über den Wiederaufbau Frankreichs der französischen Vorstände der Kommission, Loucheur, erklärt, daß im Gegensatz zu den Meinungen der französischen Presse, die französische Regierung die Frage der Kriegsgefangenenauslieferung nicht mit der des Wiederaufbaues verknüpfe. Es sei nicht zu befürchten, daß die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen von der Einstellung der deutschen Arbeiter abhängig gemacht werde.

Veränderungen im Auswärtigen Amt.

WTB Berlin, 19. Juli. (Draht.) Wie das Berl. Tagebl. hört, hat der Gesandte von Rosenburg die ihm gerichtete Aufforderung, als Nachfolger des Unterstaatssekretärs Herrn. Rangwerth von Wimmern, Dirigen der politischen Abteilung im auswärtigen Amt zu werden, angenommen. Herr v. Rosenburg, der in der Schweiz weilte, dürfte in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen.

Die Hamburger Bürgerchaft fordert Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte.

WTB Hamburg, 18. Juli. (Draht.) In der heutigen Sitzung der Bürgerchaft wurde ein Antrag, der die Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte und Abänderung des Befehles über den Belagerungszustand vom Senat und Reich fordert, angenommen.

Freiwillige Arbeiter für Nordfrankreich.

WTB Berlin, 19. Juli. (Draht.) Zur Entsendung der Zivilarbeiter für Nordfrankreich wird in der D. A. S. ausgeführt, daß seitens der deutschen Regierung, die stets betont habe, daß sie die schon 1918 übernommenen Verpflichtungen loyal ausführen werde, an der Hand der von den Alliierten ausgehenden Rückschlüsse sofort die notwendigen Vorarbeiten in umfassender Weise in die Wege geleitet sind, um die Entsendung freiwilliger deutscher Arbeiter zu beschleunigen. Die deutsche Regierung hofft, daß es ihr gelingen werde, genügend Arbeiter hierfür zu finden. Es dürften etwa 150 000 in Frage kommen.

Erhöhung der Pensionen für Beamte.

WTB Berlin, 19. Juli. (Draht.) Nach einem der Nationalversammlung zugegangenen Gesetzesentwurf wegen der Erhöhung der Pensionen der Reichsbeamten wird die Pension demjenigen Beamten, die das 65. Lebensjahr vollendet oder bis zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin die Vererbung in den Ruhestand nachsuchen, um 10 Prozent erhöht.

Zum deutsch-demokratischen Parteitag.

WTB Berlin, 19. Juli. (Draht.) Das Referat über auswärtige Politik auf dem demokratischen Parteitag wird laut B. S. Graf Bernstorff halten.

Ein deutsches Dementi.

WTB Berlin, 19. Juli. (Draht.) Zu Harmsworths Erklärung im Unterhause, er glaube, daß sich die deutsche Regierung bemühe, mit der Sowjetregierung diplomatische Beziehungen anzuknüpfen, und daß eine deutsche interjuristische Kommission das Land bereite habe oder beabsichtige es zu tun, ist die D. A. S. mitzuteilen in der Lage, daß die Annahme Harmsworths, für die er anscheinend keine Begründung vorzubringen vermöge, nach beiden Richtungen der tatsächlichen Unterlage entgegen.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande

Waham, 18. Juli. Am 15. Juli beging in aller Stille unser Pfarrer von der Aßen sein 25jähriges Ordensjubiläum. Der Jubilar hatte der Gemeindevorstand die Bitte ausgesprochen, von ihm zugehörigen äußeren Ehrungen abzusehen.

Am 18. Juli. Mit dem heutigen Tage sind 25 Jahre verflossen, seitdem unser hochw. Pfarrer von der Aßen in unserer Gemeinde als Seelsorger wirkt. In seiner Weisheit hatte er sich besonders äußere Feiern aus diesem Anlaß verbehalten, aber trotzdem war der Tag doch nicht vergessen worden. Die Reihe der Kapläne in diesen 25 Jahren, die unter dem Leitfaden schon Pfarrer geworden, war fast vollständig erschienen, um ihre Unabhängigkeit an ihren früheren Pfarrer zu bekunden. Auch die Nachbargemeinden hatten sich eingefunden. Ehrenbürger Prälat Dechant Bruff feierte den Jubilar, den die Konfirmanden stets als lieben Freund geschätzt und bei dem sie stets gütliche Aufnahme gefunden hätten, in einer herzlichen Ansprache. Auch der Gemeinde und von auswärts waren viele Glückwunschkarten und Telegramme eingelaufen. Andere hatten durch kleine Geschenke ihrer Liebe und Wertschätzung Ausdruck gegeben. So Gott will, kann unser hochw. Pfarrer am 10. August 1923 sein 50jähriges Priesterjubiläum begehen. Die ganze Gemeinde wird es sich nicht nehmen lassen, diesen hohen Ehrenstag von ganzem Herzen mitzufeiern. Möge Gott unsern Pfarrer uns noch lange in der bisherigen Gesundheit und Geistesfrische erhalten!

Aus der Residenz und dem Norden.

Odenburg, 20. Juli.

(-) Es wird ausgegeben: Auf Einfuhrzusagekarte 15 vom 25. bis 30. Juli in den hiesigen Schlachtereien und bei Fa. Johann Bremer, Haarenstraße, 100 Cr. Pflanzensetz zum Preise von 1 Mk. für 100 Cr. auf Einfuhrzusagekarte 10 vom 21. bis 23. Juli in den hiesigen Schlachtereien und bei Fa. Johann Bremer, Haarenstr., ¼ Pfd. amerikanischer Speck zum Preise von 1 Mk. für das Viertelpfund; auf die Einfuhrzusagekarte 17 vom 24. bis 30. Juli ¼ Pfd. amerikanisches Auszugsmehl zum Preise von 42 Pfg. für das halbe Pfund; auf Einfuhrzusagekarte 18 vom 24. bis 30. Juli ¼ Pfd. ausländische weiße Wollene zum Preise von 1,25 Mk. für das Pfund; auf blaue Karte 607 vom 24. bis 30. Juli ¼ Pfd. Safer-

Wollene; auf blaue Karte 608 vom 24. bis 30. Juli ¼ Pfd. Graupen; auf blaue Karte 609 vom 25. bis 31. Juli ¼ Pfd. Kunsthonig; auf blaue Karte Nr. 610 vom 25. bis 31. Juli ¼ Pfd. Hartkäse; auf blaue Karte 611 vom 25. bis 31. Juli 1 Ei; auf blaue Karte 612 vom 25. bis 31. Juli 1 holländischer Majestätsring zum Preise von 70 Pfg.; auf grüne Zusagekarte 37, auf braune Zusagekarte Nr. 60, auf gelbe Zusagekarte Nr. 38 und auf rote Zusagekarte 52 vom 24. bis 30. Juli ¼ Pfd. Sago zum Preise von 35 Pfg. für das Viertelpfund.

h. Sowohl von Mitgliedern des Ministeriums wie auch von Seiten der Stadt sind wiederholt Schritte unternommen worden, um den G o f h e r z o g zu bewegen, den von Landtage genehmigten Vertrag wegen Zahlung einer Entschädigungssumme und Ueberlassung der Gemäldegalerie an den Staat anzunehmen. Der Großherzog hat sich aber stets ablehnend verhalten und jetzt rundweg erklärt, daß er jede weitere Erörterung über diese Angelegenheit für überflüssig halte und Besuche deshalb nicht mehr empfangen will. Die Gemäldesammlung wird nach auswärts zum Verkauf. Es bestand die Absicht, die Gemäldegalerie im alten Schloß unterzubringen. Dieser Plan mußte jetzt aufgegeben werden. Dafür wird jetzt aber das Kunstmuseummuseum Aufnahme finden und durch Gemäldemalereien ergänzt werden.

(-) Die Stelle eines Bureauengelassen mit einem Gehalt bis 2800 Mk. nebst Kriegszulage ist bei der Staatskanzlei freibleibend in Odenburg zum 1. August zu besetzen. Bewerbungsgelände bis zum 25. Juli beim Sekretariat des Gesamtministeriums einzureichen.

(-) Das Oberverwaltungsgericht hält Ferien während der Zeit vom 15. Juli bis 15. September. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen sind die Ferien ohne Einfluß.

Lezte Nachrichten

Der Eisenbahnstreik in England.

TU. Amsterdam, 19. Juli. (Draht.) Der Telegraphenrat des Eisenbahnerverbandes verurteilt den Konflikt bei der North-Gatesen Railway bezulegen. Die Lage im Norden Englands ist ernst. Das Publikum ist sehr entrüstet. Der Zentralbahnhof in Newcastle ist geschlossen, da der Güterverkehr völlig still liegt. Die Lebensmittel werden, besonders Fleisch, im Preise steigen, wovon besonders die ärmeren Klassen betroffen werden. Die Mehrheit der Arbeiter in Leeds beschloß, gleichfalls in den Ausstand zu treten.

Die Verurteilung des früheren türkischen Kabinetts.

TU. Amsterdam, 19. Juli. (Draht.) Die Times“ verurteilt aus Konstantinopel, die türkische Regierung habe Mustafa Kemal Pascha, den als Vorkämpfer einer Heresengruppe dem Befehl nach der Hauptstadt zurückzuführen, nicht nachkommen lassen, als vorgelegt erklärt. Die Urteile über Enver Pascha und die übrigen Ermordeten sind in höchster Instanz beglaubigt.

Der Generalstreik in Italien in Frage gestellt.

TU. Mailand, 19. Juli. (Draht.) In Italien ist man der Ansicht, daß das Gelingen des internationalen Proteststreiks durch die Abgabe des Eisenbahnerverbandes und des Verbandes der Post- und Telegraphenarbeiter in Frage gestellt sei. Viele Vereinigungen haben in der letzten Zeit durch Streiks ihre persönlichen Forderungen geltend zu machen gewußt und verpönten dabei wenig Lust, sich an internationalen Gründen an einer Bewegung zu beteiligen, die in erster Linie nur ihre eigenen Interessen schädigen würde.

Frankreich fürchtet Deutschlands wirtschaftlichen Kampf.

TU. Paris, 19. Juli. (Draht.) Der Senatus Carnot schreibt im Journal: Deutschland wird ohne Zweifel noch ein letztes Mal versuchen, sich zur Weltbeherrschung anzufügen. Dies wird aber nicht auf kriegerischem Gebiet erfolgen, sondern auf wirtschaftlichem. Es wird dafür sogar unter unseren eigenen Landsleuten genügend einflussreiche Leute finden, die ihm dabei Mithilfe leisten werden.

Herabsetzung der Dienstzeit in Frankreich.

TU. Amsterdam, 19. Juli. (Draht.) Aus Paris wird dem N. A. C. gemeldet, daß das Pariser Journal zu der angeblichen Erklärung Clemenceaus über die Abtägung der Dienstzeit schreibt: Für Zeit ist eine offizielle Antündigung einer Abtägung der Dienstzeit sicherlich das beste Mittel, welches Clemenceau finden konnte, um eine pestilentielle Bestärkung aus dem Wege zu räumen und die Gemüter zu beruhigen.

Vorgehen der Tschechen gegen die Deutschen.

TU. Znam (Böhmen), 19. Juli. (Draht.) 9 Professoreln des deutschen Gymnasiums in Znam sind ohne Gehalt entlassen worden, weil sie sich weigerten, das Traugelobnis für die tschechisch-waldische Republik abzulegen.

Vorbereitungen für die Ausdehnung am 21. Juli.

TU. Leipzig, 19. Juli. (Draht.) Wie der TU. berichtet wird, haben die A. S. für den 21. Juli dem Tage des internationalen Generalstreiks, 14 Massenveranstaltungen einberufen, in denen gegen den Generalstreik und für den Weltfrieden demonstriert werden soll.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Bedta. Druck und Verlag: Bedta. Drucker und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Bedta., Bedta.)

Baraden-Verkauf.

Von den Holzbaraden des hiesigen Gefangenenlagers sind noch einige in verschiedenen Größen (von 8 Mr. L. bis 50 Mr. lang) zu verkaufen, ebenso die gesamte Badeeinrichtung und 2 große Manilleffel. Neffehtanten wollen sich in mir in Verbindung setzen.

H. Hoffmann, beide. Kauf. Viehhof.

Landwirte!

Repe, saure, Kreuz-Leinen, Zug-Stränge, Sehniv- und Bind-Läden, prima Pferde-Kaffee in weiß u. grau, prima Friedensware, **Stiegenneze, Stirn-Neze, Summihosen-träger, Fahr-, Reit- und Bogenspeischen** in jedem Bindfaden, empfiehlt in allen Städten und Größen.

Vechna. Frz. Koch

Sehr gut erhaltenes **Herrenfahrrad** mit gut. Summi, Friedens-ware für 150 Mk. abzugeben.

Anton Brinler, Vechna.

Holländ. Gemüse,

zäglich Versand. Billigste Tagespreise. **F. Juge**, Oldenburg i. D. Kurwischstraße 35.

Besten schwarzen

Stichtorf

liefert ab Station Fries-oythe. **Bern. Rod**, Altenoythe. Fernsprecher 13.

Kaufe dicke schw. u. Glaslirichen,

mit Stiel gepflüdt. **Zentner 90 Mark.** Abnahme Dienstag, den 22. u. Freitag 25. Juli, auf Bahnhofs Holzhausen von 5-7 Uhr.

Franz Juntemann.

Habe eine gute milch-gebende **Ziege**, zum erziehen gelangt, zu verkaufen.

D. Worschers, Vechna.

Zwei junge Hunde

(10 Wochen alt) zu ver-kaufen. **Franz Juntemann**, Lutten.

Sofas

in großer Auswahl und Friedens-Qualität, liefert äußerst billig. **B. Albedoren**, Vechna. Möbellager Zelf. 55.

Gummisauger

1.35 Mark. **J. Maas**, Vechna.

Kastenwagen

sehr stark gebaut, liefert billig. **B. Albedoren**, Vechna, Möbellager.

Walchmaschinen

erstaunliches Fabrikat, liefert äußerst billig. **B. Albedoren**, Vechna, Möbellager Zelf. 55.

Zum Bekleiden von Schuhen u. Giebeln ic. habe ich noch einen groß. Vollen **Stark**

1/2 Dielen,

vorwiegend 4 Mr. lang, billig abzugeben. **H. gr. Veilage**, Vechna i. D.

la Tafelleim

abzug. Anfrag. unt. 5. 1773 an Paasenstein & Bogler, A. G., Dorimund. Einen 4 jährigen

Wallach,

gut u. fromm im Geschir, zu verkaufen. **Stüberberg**, Siehenfelde u. Cappeln.

Schirme.

Erste Reparaturwerkstatt Vechna's für **J. Maass**. Gerson, Vechna.

Dinflage. -- Löhne.

Johannisbeeren-Abnahme in Dinflage am Dienstag, dem 22. Juli, von 8-11 Uhr am Bahnhof; in Löhne am Dienstag, dem 22. Juli, von 12-4 Uhr nachmittags am Bahnhof.

Zahle pro Pfund 80 Pfennig. **Vechna**, **Franz Suerdieck**.

Gemeinde Dinflage.

Wer noch Forderungen für abgelieferten Roggen und Hafer hat, wolle den Betrag am **Montag, dem 21. Juli d. J.**, vorm. abholen. **F. Dietmann**.

Die Käufer von Baumaterialien von der **gr. Gestr.** sehen Maschinen in Höhe, die die betr. Sachen noch nicht abgeholt haben, werden hiermit dringend ersucht, dieselben bis zum 1. August d. J. abzuholen, weil der Platz bis dahin geräumt sein muß. **Dinflage, 17. Juli 1919.** **F. Dietmann**.

Landw. Bezugs- und Absatz-Genossenschaft, Dinflage.

Um eine möglichst rechtzeitige Belieferung mit Kunstdünger zu ermöglichen, werden die Ges-ossen gebeten, ihren Bedarf schon jetzt bei mir aufzugeben. **J. Wädel**, Geschäftsführer.

Frühkartoffeln

nehme in nächster Zeit ab und bitte um Anmeldung bis **Mittwoch, dem 23. Juli.** **Neuentirchen**, **H. Thammann**.

Rainit

und gebe diese am liebsten woggonweise u. auch in kleinen Mengen ganz billig ab. **Vechna**, **Jos. Warnting**.

Haar-, Zahn-, Haut- und Nagelpflege

empfehle in großer Auswahl. **Vohne**, **H. Schaland**.

Institut für Bade- und Licht-Behandlung.

Schwefel, Kohlenäure, elektr. Licht und Lichtbäder, Licht- und Röntgenstrahlungen bei Hautkrankheiten. **Dr. med. et. phil. Gent**, Spezialarzt für Haut- u. Halsleiden. **D. S. a. b. e. r. u. d.**, Eisenbahnstr. 8.

Anstands- u. Tanzurse.

Die nächste Abung in **Holborn** ist **Dienstag, 22. Juli**, Kinder um 6 Uhr, Erwachsene um 8 Uhr. In **Gladderlohhausen** am **Mittwoch, dem 23. Juli**, Kinder um 5 1/2 Uhr, Erwachsene 8 1/2 Uhr. Zu diesen Abungen werden noch neue Schüler angenommen. **Steinfeld**, **Gebr. Wienholt**, Tanzlehrinstitut.

Glas, Bad und Del-Farben, Drogen, Pinjel u. Bürsten, sowie sämtl. Maler-Verfahrsmittel. Großes Lager in geräumten Alkoven, Vergrößerungen nach jed. Wille. **Aug. Twenhövel**, Vechna i. D. Telefon Nr. 48.

Für ein Manufaktur-Damen- u. Herren-Konfektions-Geschäft wird auf sofort ein Gehilfing mit guten Schulkenntnissen gesucht. Schriftliche Offerten sind zu richten an **Arbeitsnachweis Friesoythe**.

Zertimoniale mit Inhalt verloren. Wiederbringer erhält Belohnung. **Vechna**.

Zahnleidende!!

Zähne werden schmerzlos unter lang-jähriger Garantie naturgetreu eingesetzt. **Bomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc.** Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokal Anästhesie, Nervenentz., Zahnreihen etc. **Plattenloser Zahnersatz**, Schonendste Behandlung. **Aug. Loewenstein, Zahnpraxis, Löhne i. O.** Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag ununterbrochen von morgens 8 bis 1/5 Uhr nachm. im Hause des **Hotels Bitter**, Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

Achtung!!!

Feuerleute, Landarbeiter und Dienstboten auf dem Lande. **Sonntag, den 20. Juli** zwei öffentliche Versammlungen und zwar **1. Versammlung:** gleich nach dem Hochamt zu Löhne in Saale des Herrn Schödemühle. **2. Versammlung:** nachmittags um 5 1/2 Uhr zu Steinfeld im Saale des Herrn Schödemühle.

Tagesordnung: 1. Vortrag durch einen Gemeindeführer mit anschließender freier Aussprache. 2. Gründung einer Ortsgruppe. 3. Geschlossene Versammlung. **Feuerleute, Landarbeiter u. Dienstboten** erscheint alle ohne Ausnahme, denn es handelt sich um wichtige Standesfragen. Die Ortsgruppe Dinflage beruft am selben Tage unmittelbar nach dem Hochamt eine Mitgliederversammlung ein im Saale des Herrn Brebeck, zu der auch alle noch nicht beigetretenen Kollegen freundlichst eingeladen werden.

Der Bezirksvorstand des Gewerkschaftsbundes der Feuerleute, Landarbeiter und ländlichen Dienstboten im Gesamtverband der christlich-nationalen Gewerkschaften.

Kriegerverein Löhne.

Am **Sonntag, dem 20. Juli** veranstaltet der Verein einen Ausflug zum **Pöhrner Schützenhof** verbunden mit Preis-schießen, wogu die Mitglieder und Freunde des Vereins mit ihren Familien und besonders auch die Kriegsteilnehmer freundlich eingeladen werden. Zutritt frei. Nach dem Preis-schießen können auch Nichtmitglieder schießen. Abmarsch des Vereins pünktlich 3.30 Uhr vom Vereinslokal. **Clem. Burschey**, **Kriegerverein Löhne**.

Arzt

Habe mich in **Essen i. D.** als **Dr. med. Beckmann**. Sprechstunden vorläufig im **Kranken-haus** vorm. 8-9 Uhr; nachm. 2-3 Uhr. — Fernspr. 44 (Krankenhaus).

In Vechna

beginnt nächste Woche ein **Damschneiderinnen-Kursus** 2-4 mal wöchentlich, 1/2 oder ganze Tage, je 3 Stunden morgens oder nachmittags. **Anmeldungen** nimmt entgegen **Frl. Welschers**, bin selbst am **Montag, dem 21. Juli** auch an-wesend zur Besprechung. Dauer 4-6 Wochen, wenn gewünscht, wird auch noch ein **Kreiseschub-turkus** stattfinden. **Frau Hörmeyer**, Oldenburg.

Schützenverein Schniedertrug und Umgehend.

Am **Sonntag, dem 20. d. Mts.**, nachmittags 5 Uhr findet im Vereinslokal eine **Versammlung** statt, zwecks Besprechung über Begründung der beimgelehrten Gesangenen. **Am recht zahlreichen und pünktliches Er-scheinen** wird gebeten. **Der Vorstand**.

Zahn-Praxis

O. von Schickh, Oldenburg. Friedensplatz 3. Hinter Café Klinge. Telefon 1703. **Für auswärtige Patienten.** Sprechstunden zu jeder Zeit.

Eisenwerk Varel

Gegr. 1843 **Varel's G.m.b.H.** **Telegr.: Eisenwerk Vareloldenburg** **Telefon: Nr. 20, 28 u. 48.** **Liefert** **Eisen- u. Stahl- u. Metallguß, roh u. bearbeitet. -Konstruktionen- Maschinen für Molkereien, Ziegeleien, Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen Feld u. Normalbahnen. Nielen usw. Reparaturen jeder Art.** **Zweigtüro: Bremen, Oberstr. 143** **Fernruf Roland 8176** **Ingenieurbesuch u. Kostenanschläge sofort u. kostenlos.**

Summi-Sauger

1.50 bis 3 Mark und **Seifenstein** 1 Pfund 4 Mark. Für Wiederverkäufer 50 Pf. **Apoteker Sand**, **Bransche**.

Kaninchenzüchter-Versammlung

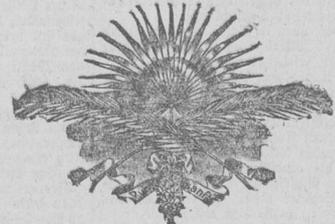
am **Sonntag, dem 20. Juli 1919**, nachm. 4 Uhr bei **Birt Sauerlamp**. 1. Teutwahl des Vorstandes. 2. Einlauf von Holz betr. 3. Hebung der Beiträge. 4. Verschiedenes. **Am vollständigen Erscheinen** ersucht **Der Vorstand**.

Die Verlobung unserer Töchter **Thea und Mia** mit den Herren **Amtssekretär Franz Grafe** und **Kaufmann Franz Olberding** besahren wir uns ergebenst anzuzeigen. **J. A. Südbeck u. Frau Dorethea geb. Kfeyenborg.** **Vechna**, im Juli 1919.

Thea Südbeck Franz Grafe **Verlobte.** **Vechna**, Emsdetten. **im Juli 1919.** **Mia Südbeck Franz Olberding** **Verlobte.** **Vechna**, im Juli 1919. **von Gratulationsbesuchen** wolle man gütigst Abstand nehmen.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 1/9 Uhr verschied infolge von Altersschwäche nach einem sehr arbeitsamen Leben, mehrmals versehen mit den hl. Sterbesakramenten sanft im Herrn unser lieber Onkel und Grossonkel **Bernard Vogelpohl** im Alter von ungefähr 82 Jahren. Die Seele des Verstorbenen wird dem frommen Gebete der Freunde und Bekannten innigst empfohlen. **Namens der trauernden Angehörigen: Familie Zeller Westerkamp.** **Oythe**, den 18. Juli 1919. Die Beerdigung findet am **Montag, dem 21. Juli**, morgens 9 Uhr in **Oythe** statt. Sollte jemand aus Versehen keine besondere Todesnachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.



2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.

Freitag, 1. Juli 1919.

Die Finanzen Oldenburgs.

Über die oldenburgischen Staatsfinanzen (fortgesetzt) die „Tägliche Rundschau“ in ihrem Handelsblatt.

Der Freistaat (früher Großherzogtum) Oldenburg, der jetzt mit einer für seinen Umfang verhältnismäßig hohen Anleihe herauskommt, hat, wie wohl alle anderen Bundesstaaten, während des Krieges seinen Haushalt in guter Ordnung halten können, sehr im Gegensatz zum Reich und zu vielen Gemeinden. Allerdings übertrug ihm die Kriegserklärung mitten in der größten Finanzoperation sein Verbleiben. Infolge des zu Ende 1913 geklärteten Ankaufs einer bis dahin dem preussischen Staat gehörigen Hauptlinie des oldenburgischen Eisenbahnnetzes und der damit verbundenen Befreiung von einem sehr unangenehmen Betriebsvertrage hatte das Land eine Kaufschuld von 23 Mill. Mark auf sich genommen, die zunächst durch folgende Anleihe gedeckt wurde und deren Konsolidierung gerade bevorstand. Damit mußte man sich Rücksicht auf die Kriegsanleihe des Reiches genommen werden, indem gestattete die seitdem anwandelnden eigenartigen Geldverhältnisse, den Dienst der schwebenden Schuld ohne besondere Opfer durchzuführen. Erhöht wurde sie durch die Investitionsbedürfnisse der Eisenbahn, die seit der letzten festen Anleihe (1912) bis Ende 1918 auf rund 14 Mill. Mark angewachsen waren und durch sonstigen Bauaufwand im Betrage von rund 2.500 000 Mk.

Die deswegen jetzt aufzunehmende neue 4proz. Anleihe von 40 Mill. Mk. trifft einerseits die Schuld von rund 81 Mill. Mk. hinzu. Sie ist wie die 1871 aufgenommene und bis 1931 laufende (letzte deutsche) Prämienanleihe eine Amortisationsanleihe und soll bis 1959 durch Auslösung getilgt werden, die bereits zu Anfang 1920 beginnt. Außerdem ist neben der regelmäßigen Abtragung einiger kleinerer Sonderanleihen für die Verringerung der Schuld durch die 1914 erfolgte Gründung einer Staatsschuldentilgungskasse gelangt, die zu Beginn des Jahres 1919 auf anderwärts 3 Mill. Mk. angewachsen war.

Das den Schulden gegenüberstehende beträchtliche Landesvermögen setzt sich der Hauptsache nach aus Domänen, Forsten und Eisenbahnen zusammen und ist durch die letzten durchgeführten Vereinigungen des bisher vom Großherzoge genutzten „Krongutes“ mit dem Staatsgut in seinem Werte erhöht. Die Domänen umfassen meist wertvolles Marsland mit entsprechenden Gebäuden und umfassen in der Provinz (dem früheren Herzogtum) Oldenburg etwa 11 000 Hektar mit einem Jahresertrage von etwa 1 Mill. Mark. Die Forsten derselben Provinz sind rund 15 000 Hektar groß und haben einen ansehnlichen Jahresertrag von 300 000 Mk., der 1917 um 220 000 Mk. überschritten wurde. Die Eisenbahnen wiesen am 1. Januar 1918 ein statisches Anlagekapital von rund 150 Mill. Mark auf. Die Eisenbahnfinanzen, die in jüngster Zeit in eine ähnlich schwierige Lage geraten sind, wie die der anderen deutschen Bahnen, werden von dem allgemeinen Haushalt streng getrennt gehalten und haben dafür nur den auf sie entfallenden Bedarf des Eisenbahnbediensteten und einen zuerst auf regelmäßig 900 000 Mark festgesetzten Jahreszuschuß zu zahlen. Die darüber hinausgehenden reinen Ueberschüsse werden zu Investitionen verwendet und waren in den Jahren 1911—1918 im ganzen rund 8 Mill. Mark; daneben floßen 1914 bis 1917 etwa 2 1/2 Mill. Mk. in die Staatsentilgungskasse. Die bereits erwähnte in den letzten Kriegsjahren und namentlich seit dem Kriegsende eingetretene unangenehme Wendung wird voraussichtlich bald durch die Uebernahme auf das Reich für den Freistaat Oldenburg seine Bedeutung verlieren. Der allgemeine Haushalt hat sich bis vor kurzem ohne besondere Maßnahmen in Ordnung halten lassen, erst im Jahre 1917 wurde eine 13-prozentige Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer erforderlich, bis bis 1919 auf 50 Prozent gewachsen ist.

Handelskammer u. Konsumvereine.

Das das Ministerium richtete die Handelskammer folgende Eingabe:

Der Stillstand der Wirtschaft hat die einzelnen Bürger härter und schwerer als je zuvor. Solange der einzelne Berufsmann im wirtschaftlichen Leben eines Staates im freien Wettbewerb unter gleichen Verhältnissen miteinander kämpfen, ist der Gang der Entwicklung ein normaler zu nennen, denn dann wird dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit im weitestgehenden Maße Rechnung getragen werden. Nur diejenigen werden ihren Platz im Wirtschaftsleben behaupten, die am besten und billigsten arbeiten, alles andere wird ausgeschaltet. Jetzt muß erst recht alles auf Wirtschaftlichkeit eingestellt werden, um eine Besserung unseres gesamten Wirtschaftslebens herbeizuführen.

Der deutsche Handel, sowohl Groß- als Kleinhandel, hat in seinen vielgegliederten Organisationen als obersten Grundsatze das Prinzip der Wirtschaftlichkeit aufgestellt. Er hat sich Einrichtungen geschaffen, die zur Verbilligung und Verbesserung aller Versorgungsmöglichkeiten dienen. Solange in diesem Wettkampfe Licht und Schatten gleichmäßig verteilt sind, ist die Gewähr für gesunde wirtschaftliche Entwicklung vorhanden.

Diese Voraussetzungen trifft jedoch bei den Handelsständen nicht mehr zu. Zum Nach-

teil des Handels zahlreicher Geschäftszweige machen sich schon seit Jahren und vor allem unter der heutigen Regierung Einflüsse geltend, deren Ursprung teils bei den Regierungen und politischen Parteien, teils bei den Vertretungen verschiedener Erwerbszweige zu finden ist und die eine gewisse einseitige wirtschaftliche und sozialpolitische Färbung tragen. Schon vor dem Krieg waren Staats- oder Kommunalbeamte vielfach in leitenden Stellen bei Konsumvereinen und agitierten für die Konsumvereine. Durch die Kriegswirtschaft ist ein großer Teil des freien Handels den Kommunen und damit den Konsumvereinen zugeführt. Der von der Sozialversicherungskommission des Reiches abgegebene Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsunternehmen geht auf diesem Wege weiter. Die Kommunen haben während des Krieges in der Hauptsache die Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und den Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln geleitet. Diese Befähigung, die die Kommunen übernehmen mußten, soll jetzt noch mehr ausgedehnt werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben sollen nach der Begründung zum Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsunternehmen die Gemeinden sich der Konsumenerorganisation bedienen.

Von Regierungen und auch von politischen Parteien werden Forderungen erhoben, die darauf hinausgehen, die Konsumvereine zu bevorzugen und den freien Handel beiseite zu schieben. Dafür einige Beispiele:

1. Die Prämienanleihe der Reichsregierung, die im März 1918 durch die Reichsregierung an die Konsumvereine ausbezahlt wurde, ist durch die Reichsregierung an die Konsumvereine ausbezahlt worden, während der Lebensmittelfehlhandel in vielen Fällen die Konzeption zum Vertriebe von Spirituosen hatte. Jetzt soll der selbständige Kleinhandel ausgeschaltet werden, der Konsumverein an seine Stelle treten.

2. Der Konsumverein Augusteubrunnen hatte vor dem Krieg einen Umsatz von etwa 10 000 Mk., ein benachbartes Kolonialwarengeschäft durchschnittlich 90 000 Mk. Seit der Revolution erhält der Konsumverein bei der Lebensmittelverteilung mehr zugewiesen als das angelegene Einzelgeschäft. Auf eine Anfrage bei der zuständigen Behörde wurde der Vorbehalt, daß durch die Regierungen ein Druck ausgeübt würde, die Konsumvereine in jeder Weise zu bevorzugen.

3. In den Richtlinien des Staatssekretärs des Reichsministeriums Berlin betr. Abschaffung der Konsumvereine und des Großhandels in der Warenverteilung wird verlangt, daß sämtliche Konsumvereine, sofern und sobald sie einen Jahresumsatz von 200 000 Mk. nachweisen können, von sämtlichen Behörden und Verteilungstellen als Großhändler bezgl. Belieferung und Preis zu behandeln sind. Dadurch würden sämtliche Konsumvereine, weil sie mit ihren Filialen wohl alle über 200 000 Mk. Umsatz haben, als Großhändler beliefert werden und dadurch vor dem größten Handel, niemals als solcher angesehen werden, einen beträchtlichen Vorteil haben, daß dadurch der Kleinhandel als nichtkonkurrenzfähig gänzlich ausgeschaltet wird.

4. In Rüstingen - Wilhelmshaven sind große Bestände aus Heresluden in der Hauptsache durch Konsum- und Wohlfahrtsvereine zur Verteilung gekommen. Aus den Beständen der Markteindereien des Marinekorps sind Rüstingen und Wilhelmshaven durch die Konsumvereine u. übergeben 170 000 Dosen Milch, 4500 Kgr. Kakao, 2500 Kgr. Schokolade, über 10 000 Kgr. Reisfäule und 30 000 Pakete Konsumgüter, außerdem erhielten in letzter Zeit Konsumverein Wilhelmshaven 100 Stk. Käse, Konsumverein Rüstingen 200 Stk. Seife und 200 Stk. Käse. Der Verein der Kolonialwarenhändler Rüstingen hatte gebeten, auch die selbständigen Geschäftsleute zu berücksichtigen. Daraufhin teilte der Stadtmagistrat Rüstingen mit, daß eine vom Arbeitgeber- und Arbeiterausschuß eingesetzte Kommission beschließen hätte, daß nur die Konsumvereine beliefert werden sollen. — Wie aus den Beispielen ersichtlich ist, werden die Konsumvereine in jeder Weise bevorzugt, daher auch die enorme Entwicklung der Konsumvereine. So wird für die vollkommene Sozialisierung vorgebereitet, der selbständige Kaufmann mehr und mehr ausgeschaltet.

Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage, der geringen Produktion und des geringen Verbrauchs werden schon viele selbständige Wirtschaftsberechtigten im Handel und Gewerbe keine Verdienstmöglichkeiten mehr finden. Wenn nun aber auch noch durch einseitige Bevorzugung gewisser Organisationen dem Handel jeglicher Konkurrenzkampf unmöglich gemacht wird, so wird damit die Unterwanderung des selbständigen Kaufmanns Aufgabe werden. Wir sehen es aber als ein Verhängnis für unser gesamtes deutsches Wirtschaftsleben an, wenn ein Stand, der durch fleißige, fruchtbringende Arbeit wesentlichen Anteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands hatte, nun vollkommen beiseite geworfen und an seiner Stelle Organisationen geschaffen werden sollen, die den Beweis größter Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit bislang schuldig geblieben sind.

Im demokratisch regierten Deutschland soll doch der Grundgedanke gelten, alle Rechte für alle. Des beanpruchten die Kaufleute auch für sich. Die Bevorzugung der Konsumvereine

wird vom gesamten Kleinhandelsstand als größte Ungerechtigkeit empfunden. Die Handelskammer bittet daher, dem in seiner Existenz schwer bedrohten Kleinhandel dieselben Arbeitsbedingungen zu gewähren wie anderen Organisationen der Warenverteilung.

Aus dem oldenburg. Münsterlande

Bestha, 20. Juli.

Der Kurs der Kriegsanleihe stieg in Berlin auf 82,8 Prozent.

Vorbereitungen für die Marktnotierung in London? Auch in England liegen viele Gesuche vor, um Waren nach Deutschland und Oesterreich auszuführen. Man rechnet in Großbritannien damit, daß die Aufhebung der Blockade eine neue Preissteigerung herbeiführen wird. Andererseits befürchtet man, daß die deutsche Konkurrenz auf den neutralen und überseeischen Märkten sich bald wieder bemerkbar machen wird. Um auf diesem Gebiete kontrollieren zu wirken, ist man an der Londoner Börse bereits mit Vorbereitungen beschäftigt, um die deutsche Mark wieder zu notieren, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir mit Rücksicht auf die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten das Wunder erleben werden, daß England selbst den Markkurs in die Höhe treibt.

Eine Ramindepenlage macht sich auf der sog. Ziabille, und zwar im Offiziellgarten, in den angrenzenden Gärten der Strafanstalten und auch an anderen Friedhöfen bemerkbar. Auf letzteren wurden verschiedentlich mehrere Exemplare dieser unerwünschten Insekten beobachtet, wie sie auf den Gräbern frisch gepflanzte Blumen fraßen. Ein Teil des Blumenfraßes, über den kürzlich in unserer Zeitung berichtet wurde, ist also wohl auf das Konto der Ramindepen zu schreiben.

Wakum, 18. Juli. In unserer Wasserstraße eingetragene elektrische Anlage soll in nächster Zeit ermelert werden. Durch die Anlage einer Turbine wird wie bisher Strom für Beleuchtung und auch Kraftstrom abgegeben werden können.

Wisek, 17. Juli. In der Gemeindeabstimmung vom 9. d. Mts. wurden als Bezirksvorsteher gewählt: Für Wisek I Keller Arnold Dittmann, für Hogenbögen Hänsler Bernh. Engelmann, für Hagstedt Neubauer Heint. Reinke, für Richterfeld Neubauer Bernh. Bramlage, für Erlke Hänsler Ludw. Möhlmann, für Endel Wirt Georg Wempe, für Altrup Köster Heint. Blömer, für Nordbölln Jeller Heint. Senke, für Wostenhöfen Hänsler Heint. Hakenkamp, für Bohrdorf Neubauer Georg für Wamborn Siedenbögen Jeller Heint. Bramlage. Als 1. Ersatzmitglied der wurden gewählt: Gemeindevorsteher Bruns in Wisek, Jeller Clem. Reinke-Richterfeld, Jeller Heint. Hurrelberg-Endel, Jeller Heint. Gerbke-Wisek. Erstamänner sind Jeller Aug. Gerbke-Wisek und Jeller Clem. Frilling-Nordbölln. In Gemeindevorständen wurden gewählt Jeller Arnold Frilling-Richterfeld und Jeller Heint. Meyer-Hagstedt. Erstamänner sind Jeller Clem. Reinke-Richterfeld und Jeller Bernh. Thole-Hagstedt. Die Armenkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Jeller Heint. Hurrelberg-Endel, 2. Maler Fritz Willenbrink-Wisek, 3. Neubauer Clem. Wuhle-Richterfeld, 4. Hänsler Clem. Bramlage-Hogenbögen und 5. Heuermann Bernh. Meyer-Hagstedt. In den Schöngangsausschüssen wurden gewählt: 1. Gahlwitz Gerb. Diekmann-Wisek, 2. Neubauer Wilhelm Koors-Endel, 3. Heuermann Heint. Berens-Dornreithen, 4. Jeller Augst Gerbke-Wisek, 5. Köster Heint. Blömer-Altrup, 6. Hausohn Georg Frilling-Nordbölln, 7. Holzjahnmacher Heint. Köhler-Erlke, 8. Jeller Heint. Frilling-Nordbölln, 9. Jeller Clem. Frilling-Nordbölln, 10. Hausohn Georg Thole-Hogenbögen, 11. Jeller Clem. Reinke-Richterfeld, 12. Neubauer Heint. Ostendorf-Hagstedt.

Wloppenburg, 18. Juli. Die Schüler unserer landw. Winterschule machen am Dienstag (Abend 9.50 Uhr) einen Ausflug zur Besichtigung des Moorgranges „Hanja“ im Südwäcker Moor. Landwirte sind eingeladen, an diesem Ausflug teilzunehmen. — Der Obst- und Gartenbauverein macht am Sonntag einen Ausflug nach Cappeln. Der Landesobstgärtner Wallther aus Oldenburg wird daran teilnehmen und einen Vortrag über Obstbaumzucht und deren Bekämpfung halten. Damen und Herren, welche die Tour zu Fuß mitmachen möchten, werden pünktlich um 1/4 Uhr von Elmker Bahnhöfchen abgeholt. Die übrigen Teilnehmer brauchen die Bahn um 1/2 Uhr.

Wloppenburg, 19. Juli. Brokharfen werden ausgeben am nächsten Montag auf dem Rathaus, und zwar von 8—12 und 3—5 Uhr. — Bürgerverein U. Donnerstagabend werden von ca. 25 hiesigen Herren im Lokale des Herrn Otto Nisse ein Verein gegründet, der den Namen Bürgerverein U. erhielt. Aus den Anwesenden wurde der Vorstand gewählt. Der Verein hat sich laut „M. Z.“ als Hauptaufgabe gestellt, auf allen Gebieten für das Recht und das Wohl der Bevölkerung einzutreten und wo sich widrige Zustände und Mißverhältnisse zeigen, mit aller Entschiedenheit einzugreifen, um Besserung zu schaffen. Eine neue Zusammenkunft findet am Sonntag (heute) abend im Lokale des Herrn Nisse statt. In nächster Zeit soll auch eine große öffentliche Versammlung abgehalten werden.

Wloppenburg, 17. Juli. Für den Kapellenbau gingen ein aus Böhne 194,75 M., aus Oldenburg 100 M., aus Steinfeld 5 M. Goti vergesst!

Cöningen, 17. Juli. Wird scheint hier in diesem Jahre besonders viel zu sein. Man erblickt viel Hagen und große Ketten Föhner. In des Kriegsjahren hatte das Wild etwas mehr Ausbeute, da manche Jäger sich im Kriege befinden. Hier und da manche Jäger sich im Kriege befinden. Hier und da manche Jäger sich im Kriege befinden. Hier und da manche Jäger sich im Kriege befinden.

Cöningen, 18. Juli. Der Bau einer Chauffee von der Schule zu Wintum bis zum Hause des Eigners Scholtz wurde in der letzten Gemeinderats-sitzung beschlossen. — Herr Apollinger König bestrebt 620,25 M als Lieberhans aus der Kriegswirtschaftsfrage an die Gemeindefrage. — Nach der letzten Generalversammlung habe unter Spat- und Darlehenkassenerin einen Umkehr im verflorenen Jahre von 5 590 275,28 M. Der Reingewinn betrug 18 223,75 M. Davon fielen 17 000 M auf Kriegsanleihe abgeschrieben, ebenfalls wurden von Reservefonds 30 000 M Kriegsanleihe abgeschrieben, jedoch mit dem Gewinn von 1223,75 M derselbe jetzt auf 51 223,75 M angewachsen ist. Es wurde in der Versammlung bekannt gegeben, daß der Zinsfuß in nächster Zeit wohl herunter gedrückt würde. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat wurde die Festlegung des Zinsfußes überlassen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 20. Juli.

Dem hiesigen Elisabeth-Kinderkrankenhaus wurde kürzlich von einem unbekanntem Gönner eine Zuwendung von 100 000 M in bar gemacht. Die Zinsen dieses Kapitals sollen zur Deckung etwaiger Fehlbedarfe dienen. Das Krankenhaus ist dadurch für lange Zeit über alle finanziellen Schwierigkeiten hinweggekommen.

Wloppen, 18. Juli. Die während des Krieges hier erbauten Hallen für Luftschiffe, von denen aus die Luftschiff-Fahrten nach England stattfanden, die dort wiederholt großen Schaden anrichteten, sind jetzt auf Ordre von Berlin abzubauen und nach England zu versenden. Ein Baumunternehmer wurde beauftragt, die Arbeiten auszuführen. Die Engländer verlangen die Hallen in kürzester Frist.

Kommunistenprozess in Wilhelmshaven

Mehrere unentschieden ausgebliebene Zeugen werden in Gelbfeld, der je 50 M genommen. Der Zeuge Göttschal, der zunächst zu den Angeklagten zählte, ist jetzt entschuldigt, hat f. z. nach der Zahlenangabe die telefonische Meldung gemacht, daß die Reichsbank in Gefahr sei, in die Hände der Gegner zu kommen und dadurch 7 Millionen Mark zu sichern. Die Vernehmung will auf Gottschal's Aussage nicht verzichten. Das Gericht beschließt, einen Richter telegraphisch mit der Vernehmung zu beauftragen. Zeuge Amstrieder Thomjen-Wilhelmshaven hat den Angeklagten Zorn vernommen und verfahren lassen. S. hat in ruhiger Weise geantwortet. Der Zeuge hatte den Eindruck, als hätte durch den Besuch eine neue Republik mit erweiterten Grenzen geschaffen werden sollen. Der Angeklagte Schneider, den Zeuge auch vernommen hat, sprach sich entschieden gegen den Generalstreik gegen die Reichsbank aus.

Zwei Marinekriegsgerichtsräte, die gleichfalls Vernehmungen vorgenommen haben, hatten auch den Eindruck, als hätte man die Grenzen der Republik erweitern wollen. Einer von ihnen meinte, die Fäden sollten über Bremen nach Braunschweig hin genommen werden. Der entnommene Angeklagte Letens habe erklärt, er sei nach Bremen zu einer Unterbrechung mit Zorn gefahren und sie hätten beschlossen, in Wilhelmshaven eine Note Gerde zu gründen. — Mehrere Kommunisten lagen aus, daß Weiland sich in ihren Verfammlungen wenig haben ließ. Schneider habe sich gegen die Anwendung von Gewalt erklärt. Der Staatsanwalt kommt nochmals auf die Flugblätter zurück. Der Angeklagte Zorn bleibt dabei, daß es sich nur um Entwürfe gehandelt, die ein Unbesehener in Druck gegeben habe. Der Angeklagte Boch beweist die Nichtexistenz seiner Unterschrift, gibt aber deren Möglichkeit zu. Er beirätet, den Druck der Flugblätter veranlaßt zu haben. Mehrere Zeugen geben dem Angeklagten Weiland ein gutes Zeugnis. Er habe als Soldat stets seine Pflicht getan und auch die anderen Soldaten zu freier Pflichterfüllung energisch angehalten. — Zeuge Redttschmann Heyne-Wilhelmshaven ist Angeklagter des 2.er Rats gewesen. Präsident Ruhnke sei in Wilhelmshaven durchaus anerkannt worden, von den Behörden in den übrigen Gebieten der Republik Oldenburg-Ostfriesland nicht. Ueber die Grenzen der Republik ist man sich nicht klar gewesen, mor habe sie jeden, als für den Bereich der Marine gehabt. Ruhnke habe auch in Wilhelmshaven als Obermilitärbehörden gehoben und sogar Vernehmungen vorgenommen. Beispielsweise habe er einen vom Hofstadtergericht Wilhelmshaven, das der 2.er Rat zur Steuerung der Urstand nehmenden Ausschüsse, wegen erschaffen habe, wegen Warden zum Tode verurteilten Soldaten zu 25 Jahren Zuchthaus begnadigt. Das sei missbillig worden, weil es sich um einen gemeinen Mord gehandelt habe. Als solche Hofstadtergerichte von Berlin aus unterlag worden seien, habe der 2.er Rat sich gänzlich von Berlin losgerissen und sich um den Boden des Rechts der Republik stellen wollen.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Redakteur und Verlag: Westphal Druckerei und Verlag. G. u. B. H. Sommerfeld, Verleger, Verita.

